

Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz
(29. - öffentliche - Sitzung am 7. Januar 2019)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/1994](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V.
- Landesbüro Naturschutz Niedersachsen GbR
- Landvolk Niedersachsen - Landesbauernverband e. V.
- vero - Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V.

2. **Atomrisiken nicht weiter exportieren: Brennelementefabrik in Lingen stilllegen!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/980](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um eine Unterrichtung über den aktuellen bundespolitischen Stand zu diesem Thema. Im Anschluss daran soll über eine Anhörung entschieden werden.

3. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (NZwEWG)**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/2448](#)

Die Koalitionsfraktionen stellten die Grundzüge des Gesetzentwurfs vor. Der Ausschuss kam überein, am 4. März 2019 eine Anhörung durchzuführen. Die Anzuhörenden sollen nach dem Schlüssel 3/3/1/1/1 bis zum 16. Januar 2019 gegenüber der Landtagsverwaltung benannt werden.

4. **Unsere Meere und Gewässer schützen: Stoppt die Plastikflut!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/2425](#)

Die Fraktion der Grünen stellte die Grundzüge des Antrags vor. Der Ausschuss kam überein, den Antrag zusammen mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen in [Drs. 18/2035](#) (Wegwerfprodukte aus Plastik reduzieren - Land und Meer schützen) zu behandeln. Der dazu für den 11. Februar 2019 vorgesehenen Anhörung soll auch der Antrag der Fraktion der Grünen zugrunde gelegt werden.

5. **Aktenvorlagebegehren nach Art. 24 Abs. 2 Niedersächsische Verfassung**

Der Ausschuss kam überein, die Akten betreffend den Chemiebetrieb in Ritterhude und das Unglück am 9. September 2014 zurückzugeben.

6. **Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand des Projekts HErmEliN (Hotspot-Ermittlung und Emissionskataster legebezogen in Niedersachsen)**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Außerhalb der Tagesordnung bat der Ausschuss die Landesregierung, ihn nach Möglichkeit Anfang Februar 2019 über die Havarie der MSC Zoe Anfang Januar 2019 und die hiervon ausgehenden Belastungen zu unterrichten.